

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Rudolf Kuda, Nikolaus Schmidt

Stellungnahme zur IAB/Prognos-Projektion  
„Arbeitslandschaft bis 2010“

23. Jg./1990

**1**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de): (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de): (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de): Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Stellungnahme zur IAB/Prognos-Projektion „Arbeitslandschaft bis 2010“

*Rudolf Kuda, Nikolaus Schmidt, Frankfurt\*)*

Der erste Teil der Stellungnahme behandelt die prinzipielle Bedeutung von langfristigen Arbeitsmarktprojektionen. Hervorgehoben wird zum einen ihre Aufklärungsfunktion gegenüber der Öffentlichkeit, ihr Beitrag zur Schaffung von Transparenz über konkurrierende beschäftigungspolitische Optionen. Unterstrichen wird zum anderen der Aufforderungscharakter gegenüber wirtschafts- und tarifpolitischen Entscheidungsträgern, der Anstoß zur Orientierung auf offensive Konzepte für den Abbau der Arbeitslosigkeit.

Der zweite Teil der Stellungnahme konzentriert sich auf die politische Bewertung der IAB/Prognos-Arbeitsmarktprojektionen aus gewerkschaftlicher Sicht. Aus den gesamtwirtschaftlichen Projektionsergebnissen (1987-2000) zur Entwicklung des Arbeitsvolumens – Unterschreitung der Beschäftigungsschwelle in allen drei Varianten bei optimistischen Wachstumsannahmen und vorsichtigen Produktivitätsannahmen – sowie zur Verteilung des Arbeitsvolumens – Anstieg der Erwerbstätigenzahl in allen drei Varianten bei Fortschreibung des Trends der Arbeitszeitverkürzung aus der Vergangenheit – wird globaler arbeitszeit- und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf abgeleitet. Aus den Projektionen des sektoralen Arbeitskräftebedarfs wird am Beispiel der Metallindustrie (1987-2000) aus der unterdurchschnittlichen Entwicklung des Arbeitsvolumens und dem Rückgang der Beschäftigtenzahl in allen drei Varianten auf zusätzlichen gezielten tarif- und strukturpolitischen Handlungsbedarf geschlossen.

Im dritten Teil der Stellungnahme wird die Problematik einer Ergänzung der vorgelegten Arbeitsmarktprojektionen durch eine „vierte Variante“ andiskutiert, die den Transformationsprozeß in Osteuropa und in der DDR zusätzlich zu berücksichtigen versucht. Einzuarbeiten wären dann – so die Autoren von der IG Metall – nicht nur theoretisch denkbare Wachstumsabweichungen nach oben, sondern vor allem praktisch bereits spürbare Abwanderungsprozesse vor allem aus der DDR und ihre notwendigen arbeitszeitpolitischen Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland.

## **Gliederung**

1. Zur grundsätzlichen Bewertung von Arbeitsmarktprojektionen
2. Zur politischen Bewertung der IAB/Prognos-Arbeitsmarktprojektionen
3. Zu den Grenzen einer Ergänzungsbedürftigkeit der IAB/Prognos-Projektionen

### **1. Zur grundsätzlichen Bewertung von Arbeitsmarktprojektionen**

Mit der Veröffentlichung ihrer aktualisierten und überarbeiteten Alternativprojektionen zur „Entwicklung der Arbeitslandschaft nach Umfang und Tätigkeitsprofilen bis 2010“ im allgemeinen, zur mittel- und langfristigen Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs und der Arbeitslosigkeit im Rahmen bedingter Vorausschätzungen im besonderen, haben Prognos AG und IAB einen verdienstvollen Beitrag zur Belebung der beschäftigungspolitischen Debatte geleistet und einen bemerkenswerten Anstoß zur Entfaltung von gesellschaftspolitischer Kreativität gegeben.

Im gemeinsamen Vorwort des IAB-Direktors, Prof. Dr. Friedrich Buttler, und des Leiters des Arbeitsbereichs mittel- und langfristige Vorausschau, Dr. Wolfgang Klauder, wird ausdrücklich auf die Beratungs- und Warnfunktion derartiger wissenschaftlicher Orientierungshilfen für die politische Praxis verwiesen sowie auf die „Notwendigkeit

von gegensteuernden politischen Maßnahmen etwa auf den Gebieten der Beschäftigungs- und der Arbeitsmarktpolitik, die ungünstige Projektionsergebnisse gar nicht eintreffen lassen“. Damit ist die maßgebliche Zielsetzung der Prognos/IAB-Projektionen zumindest angedeutet. Sie besteht in der Aufklärungsfunktion gegenüber einer demokratischen Öffentlichkeit ebenso wie im Aufforderungscharakter gegenüber den wirtschafts- und tarifpolitischen Handlungs- und Entscheidungsträgern.

Beide Aufgaben haben schon in der Vergangenheit die Erarbeitung und die Publikation der Alternativprojektionen zur Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs im Zeitraum 1982-2000 wenigstens teilweise erfüllt:

Die damaligen Modellrechnungen hatten mitgeholfen, in der Öffentlichkeit das Bewußtsein von der Dringlichkeit politischer Initiativen und Interventionen zur Verwirklichung des Vollbeschäftigungsziels dadurch zu vertiefen, daß sie der Legende von einem Automatismus zum Abbau der Arbeitslosigkeit den Boden entzogen.

Die seinerzeitigen Modellrechnungen hatten darüber hinaus dazu beigetragen, in Teilbereichen des politischen Spektrums, im gewerkschaftlichen Rahmen und im gesellschaftlichen Raum, die Entschlossenheit zur Durchsetzung arbeitszeitpolitischer Ziele zu fördern und das Engagement für konzeptionelle Vorstöße auf dem Feld der wirtschafts- und strukturpolitischen Alternativen zur Ideologie von den sogenannten Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft zu erweitern.

Beide Funktionen, der Aufklärungscharakter in der Öffentlichkeit und der Aufforderungscharakter an die Politik, gewinnen in der Gegenwart erheblich an Bedeutung:

Das ist der Fall, weil maßgebliche Kräfte im Arbeitgeberla-

\*) Rudolf Kuda ist Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall, Nikolaus Schmidt ist Referent für Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

ger eine „rational begründete Politik“ etwa auf dem Gebiet der tariflichen Arbeitszeitverkürzung „wissenschaftlich fundierten Orientierungshilfen“ für die Zukunft und empirischen Erfahrungen aus der Vergangenheit zum Trotz dadurch zu hintertreiben versuchen, daß sie die positiven Beschäftigungseffekte der allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzung rundweg zu leugnen versuchen.

Das ist aber auch der Fall, weil die Gefahr einer Gewöhnung an die Massenarbeitslosigkeit und das Risiko der Gleichgültigkeit gegenüber ihren alarmierenden materiellen und immateriellen Folgen für die Betroffenen und für die Bevölkerung in großen Teilen der Gesellschaft eher zugenommen hat.

Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, die Interpretation der neugefaßten Modellrechnungen bzw. Alternativprojektionen nicht zum Gegenstand diplomatischer Kompromisse zwischen offenkundig konfliktorischen beschäftigungspolitischen Interessen verkommen zu lassen, sondern sie umgekehrt für die Schaffung von Transparenz über konkurrierende beschäftigungspolitische Optionen nutzbar zu machen.

Dementsprechend ist das Angebot des IAB an die in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit vertretenen gesellschaftlichen Gruppen zur Vorlage kommentierender Beiträge aus ihrer Sicht nur zu begrüßen. Dabei sollten jedoch nach gewerkschaftlicher Auffassung die prinzipiellen Bestimmungsgründe zumindest im Stadium einer ersten Stellungnahme im Vordergrund stehen, damit die inhaltliche Differenzierung im Detail nicht die politische Orientierung auf offensive Konzepte für den Abbau der Arbeitslosigkeit über die Projektionsergebnisse hinaus in den Hintergrund drängt.

## **2. Zur politischen Bewertung der IAB/Prognos-Arbeitsmarktprojektionen**

Das IAB betont zu Recht, daß der Gegenstand der vorgelegten Vorausschätzungen die längerfristigen Grundtendenzen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung und nicht konjunkturelle oder sonstige kurzfristige Schwankungen sind. Infolgedessen verbietet sich eine isolierte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Zwischenphase 1987-95 und deren Problematisierung anhand der Boomphase 1988/89 schon von der prinzipiellen Logik des Projektionsansatzes her. Umgekehrt könnte eine ausschließliche Fixierung auf die Endphase des Untersuchungszeitraums im Jahre 2010 – von den Autoren gewiß ungewollt – der im konservativen Spektrum noch immer weitverbreiteten Neigung zu beschäftigungspolitischer Abstinenz noch Auftrieb geben. Dementsprechend konzentrieren sich die folgenden Bemerkungen, soweit sie sich auf quantifizierte Aussagen der Projektion beziehen, auf die zwischen beiden extremen Positionen angesiedelte Zeitspanne 1987-2000.

(1) Einen ersten fundamentalen Komplex der Arbeitsmarktprojektionen, der für gesellschaftliches Problembewußtsein und politische Handlungsanleitung gleichermaßen von Belang ist, bildet die Entwicklung des Arbeitsvolumens, die sich aus den Wachstumsraten der Produktion und den Steigerungsraten der Produktivität ergibt.

Dabei sind die alternativen Wachstumsannahmen für die Gesamtwirtschaft in den IAB/Prognos-Projektionen durchaus optimistisch angesetzt. Ihre Untergrenze für die Phase

1987-2000 (+ 1,9% pro Jahr) entspricht der tatsächlichen Entwicklung im Referenzzeitraum 1973-87. Ihre Bandbreite, die von + 1,9% pro Jahr bis + 2,9% pro Jahr in 1987-2000 reicht, liegt durchgängig über den realen Ergebnissen im Durchschnitt 1980-87 (+ 1,4% pro Jahr). Eine gelegentlich mit Blick auf die konjunkturell bedingten weit überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten in 1988/89 eingeforderte Revision der Wachstumsprojektionen nach oben muß dementsprechend als abseitig betrachtet werden.

Gleichzeitig sind die alternativen Annahmen für den mittelfristigen Anstieg der Stundenproduktivität in der Gesamtwirtschaft durchaus vorsichtig quantifiziert worden. Ihre Untergrenze für den Zeitraum 1987-2000 (+ 2,7% pro Jahr) deckt sich mit dem durchschnittlichen Produktivitätszuwachs in der Referenzperiode 1973/87. Ihre Bandbreite, die bis zu 3,3% pro Jahr in der oberen Variante reicht, liegt ausnahmslos über dem durchschnittlichen Produktivitätsanstieg in 1980-87 (+ 2,2%). Ihr Wahrscheinlichkeitsgrad wird durch die fortschreitende Umstrukturierung zugunsten des Dienstleistungssektors nicht in Frage gestellt, bei dem in großen Bereichen mit einer eher beschleunigten Erschließung von Rationalisierungsreserven zu rechnen ist. Ihr Realitätsgehalt wird durch die strukturellen Änderungen des Produktionsapparats im industriellen Bereich gestützt, bei dem sich zwei Trends gegenseitig ergänzen:

Auf der einen Seite haben die massiven Rationalisierungsprozesse der Vergangenheit zu einer erhöhten Elastizität der vorhandenen Kapazitäten geführt. Damit wurde Raum für zusätzliche Produktivitätssteigerungen trotz der aktuell hohen Kapazitätsauslastung geschaffen.

Auf der anderen Seite werden die zuletzt erhöhten Erweiterungsinvestitionen am Beginn der 90er Jahre und darüber hinaus allmählich wirksam. Damit sind zusätzliche Produktivitätsspielräume im Rahmen der erweiterten Kapitalausstattung vorhanden.

Eine Revision der Produktivitätsprojektionen nach unten muß folglich erst recht als abwegig angesehen werden.

Aus den Wachstums- und Produktivitätszenarien der vorgelegten Projektionen aber errechnet sich für 1987-2000 ein beträchtlicher Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens, nämlich

- um rd. 5 Prozent in der oberen Variante
- um rd. 7,5 Prozent der mittleren Variante
- um rd. 10 Prozent in der unteren Variante.

Anders ausgedrückt: In keiner der Alternativrechnungen wird bis zum Ende des Jahrtausends die sogenannte Beschäftigungsschwelle auch nur annähernd erreicht. Damit ist zunächst die „Warnfunktion“ der Projektionen deutlich gemacht.

(2) Einen zweiten zentralen Komplex der Modellrechnungen, der für die Entwicklung von gesellschaftlicher Solidarität mit den Arbeitslosen und für die Entfaltung von politischem Handlungswillen für die Arbeitslosen konstituierend werden soll, stellt die Verteilung des Arbeitsvolumens dar. Sie hängt von der Entwicklung der Arbeitszeit je Beschäftigten ab und führt zur Projektion der Beschäftigtenzahlen hin.

Hier ist der Veröffentlichung der Modellrechnungen nicht mehr direkt zu entnehmen, inwieweit die eingerechnete Arbeitszeitverkürzung auf eine Verkürzung der tariflichen (Wochen-)Arbeitszeit einerseits, auf eine Verkürzung der

effektiven Arbeitszeit, etwa durch die Ausdehnung von Teilzeitarbeit, andererseits zurückgeht. Dies mag angesichts der politischen Sensibilität des Themas verständlich sein, muß jedoch angesichts der unbestreitbaren beschäftigungs- und einkommenspolitischen Vorteile der generellen Wochenarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich als bedauerlich bezeichnet werden. Es wird nur unvollständig dadurch korrigiert, daß sich grobe Anhaltspunkte für die untergeordnete Rolle der Teilzeitarbeit in den Projektionen aus den angenommenen Teilzeitquoten (vgl. Textband S. 54) indirekt ableiten lassen.

Hier läßt die Publikation der Projektion jedoch gleichzeitig erkennen, daß der vorsichtige Ansatz der Arbeitszeitverkürzung – fortgeschrieben wurden lediglich die bisherigen Trends der Jahresarbeitszeit aus dem Referenzzeitraum – der maßgebliche Grund für steigende Erwerbstätigenzahlen trotz sinkenden Arbeitsvolumens in allen drei vorgelegten Alternativrechnungen ist. Es gehört zu den wichtigsten Verdiensten der Veröffentlichung,

- daß sie zwar jede Empfehlung zur Arbeitszeitverkürzung an die Tarifvertragsparteien strikt vermeidet und damit die Errungenschaft der Tarifautonomie achtet;
  - daß sie aber gleichzeitig den beschäftigungspolitischen Nutzen der Arbeitszeitverkürzung nicht verschweigt.
- Insofern wird die Projektion auch ihrer „Beratungsfunktion“ durchaus gerecht.

Hier machen die Alternativprojektionen aber auch deutlich, daß der – vor allem arbeitszeitbedingte – Anstieg der Erwerbstätigenzahl nicht ausreicht, um das Vollbeschäftigungsziel bis zum Ende des Jahrtausends auch nur annähernd zu verwirklichen.

Das ist der Fall, obwohl der publizierte Text die angenommene Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials (einschl. „stiller Reserve“) nicht ausweist und damit die tatsächliche Zahl der Arbeitssuchenden (registrierte Arbeitslose plus stille Reserve) nicht erkennbar macht, die hinter den verschiedenen Projektionen stehen muß. Hier, bei der Einbeziehung des Erwerbspersonenpotentials in die Modellrechnungen und der realistischen Abschätzungen seiner zukünftigen Entwicklung besteht Ergänzungsbedarf.

Das ist der Fall, weil der veröffentlichte Text immerhin – z. B. für das Jahr 2000 – die Gegenüberstellung der Erwerbspersonenzahlen sowie der Erwerbstätigenzahlen aus den drei Modellrechnungen ermöglicht und damit das drohende Ausmaß der registrierten Arbeitslosigkeit ableitbar macht. Sie läge im Jahr 2000 immer noch

- in der oberen Variante bei rd. 1,5 Millionen
- in der mittleren Variante bei rd. 1,9 Millionen
- in der unteren Variante bei rd. 2,4 Millionen.

**Erwerbspersonen, Erwerbstätige und registrierte Arbeitslose im Jahr 2000, in Mio.**

Projektion Prognos/IAB	Erwerbstätige im Inland (1)	Erwerbs- personen (2)	registrierte Arbeitslose (1) – (2)
obere Variante	28,7	30,2	- 1,5
mittlere Variante	28,0	29,9	- 1,9
untere Variante	27,4	29,8	- 2,4

(1) Quelle Textband Seite 56  
(2) Quelle Textband Seite 17

Hier, bei der energischen Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit, besteht umfassender Handlungsbedarf:

Daraus kann aus gewerkschaftlicher Sicht geschlossen werden, daß die Verantwortung für die Vollbeschäftigung nicht an die aktive Tarifpolitik und allgemeine Arbeitszeitverkürzung allein delegiert werden darf.

Daraus muß von allen gesellschaftlichen Gruppen die Unabdingbarkeit des politischen Drucks zugunsten einer ökologischen und sozialen Erneuerung der bundesrepublikanischen Wirtschaft im allgemeinen, von öffentlichen Programmen für gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen im besonderen geschlußfolgert werden.

(3) Ein dritter Bereich der Modellrechnungen, der zu entschlossenen beschäftigungspolitischen Aktivitäten und zu gezielten strukturpolitischen Initiativen ermuntert, sind die „Konsequenzen für den sektoralen Arbeitskräftebedarf, vor allem für die industriellen Kernsektoren mit überdurchschnittlichen Beschäftigungsrisiken“. Diese These wird, um den vorgegebenen Rahmen einer ersten Stellungnahme nicht zu sprengen, lediglich am Beispiel der Metallindustrie wenigstens illustriert:

Anders als in der Gesamtwirtschaft reicht in der Metallindustrie das unterstellte Tempo der Arbeitszeitverkürzung nicht aus, um den Rückgang des Arbeitsvolumens auszugleichen.

Anders als in der Gesamtwirtschaft wäre dementsprechend in allen drei Modellrechnungen für die Metallindustrie (einschl. Stahl) im Zeitraum 1987-2000 mit einem gravierenden Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu rechnen, und zwar

- in der oberen Variante um rd. 5% (- 226 000)
- in der mittleren Variante um rd. 7% (- 350 000)
- in der unteren Variante um rd. 10% (- 492 000).

Damit ist die Metallindustrie eines der Beispiele, wo die Warnfunktion der Projektionen konkrete Hinweise auf einen überdurchschnittlichen beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf in den Betrieben und auf gravierenden strukturpolitischen Umstellungsbedarf in den Regionen liefert.

Damit ist die Metallindustrie zugleich insofern ein exemplarischer Fall für den Aufforderungscharakter der Projektion, als sie

- gegenüber den Tarifparteien die Dringlichkeit arbeitszeitpolitischer Reduzierung,
- gegenüber Konzernen und Kommunen, Parteien und Politikern, Wirtschaftsministerien und Arbeitsämtern die Notwendigkeit strukturpolitischer Gestaltung wenigstens mittelbar unterstreicht.

### 3. Zu den Grenzen einer Ergänzungsbedürftigkeit der IAB/Prognos-Projektionen

Die entscheidende Bedingung dafür, daß aus den Modellrechnungen von IAB/Prognos operationeller Nutzen gezogen werden kann, ist nicht die Konstruktion eines modelltheoretischen Ergänzungsbedarfs durch eine gesellschaftliche Gruppe, durch die Arbeitgeber, sondern die Kooperation aller gesellschaftlichen Gruppen bei der Deckung des unbestreitbaren beschäftigungspolitischen Handlungsbedarfs.

Das IAB hat gleichwohl die Ergänzung der drei vorliegenden Projektvarianten durch eine vierte Variante für den Zeitraum bis 1995 oder 2000 zur Diskussion gestellt:

Ein unbrauchbares und irreführendes Motiv wäre das denkbare Unbehagen eines Teils der Arbeitgebervertreter

an den vorhandenen Modellrechnungen und deren beschäftigungspolitischen Implikationen sowie deren Interesse an einer Verdrängung oder Vertagung des nachgewiesenen arbeitsmarktpolitischen Interventionsbedarfs durch eine sogenannte „optimistische Variante“.

Ein brauchbares und weiterführendes Motiv könnte allerdings der Transformationsprozeß in Osteuropa im allgemeinen, die Öffnung der Grenzen zur DDR im besonderen abgeben. Beides war bei der Erarbeitung der vorgelegten Projektionen noch nicht zu berücksichtigen.

In diesem Fall wären allerdings nicht nur die theoretisch denkbaren wachstumspolitischen Abweichungen nach oben einzuarbeiten. Sie können sich aus zusätzlichen staatlichen Investitions- und Bauprogrammen in der Bundesrepublik ebenso ergeben wie aus den erweiterten Absatzmöglichkeiten vor allem der bundesrepublikanischen Investitionsgüterhersteller auf den Märkten Osteuropas und in der DDR. Sie müssen durch die Integration von Übersiedlern und Aussiedlern in das bundesrepublikanische Beschäftigungssystem gesichert werden, die nicht über Verdrängungswettbewerb auf den heimischen Arbeitsmärkten zu realisieren ist.

In diesem Falle dürfte umgekehrt der heute schon spürbare beschäftigungspolitische Druck nicht ausgeklammert bleiben, der aus dem gegenwärtigen Zustrom von Erwerbsper-

sonen in die Bundesrepublik resultiert und durch realistische Wanderungsannahmen zu präzisieren wäre. Dementsprechend wären vor allem die praktisch notwendigen arbeitszeitpolitischen Abweichungen nach unten, d. h. Annahmen und Auswirkungen eines beschleunigten Tempos der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gegenüber den veröffentlichten Projektionen, einzuarbeiten.

Darauf hat z. B. das Berliner DIW mit ungewohnter Deutlichkeit verwiesen: „Durch die Öffnung der DDR-Grenze wird sich der Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen. Eine offensive Wachstumspolitik ist deshalb unverzichtbar. Sie wird aber nicht ausreichen, die Probleme am Arbeitsmarkt zu lösen. Auch deshalb werden Arbeitszeitverkürzungen in der kommenden Tarifrunde eine wichtige Komponente sein. Mittlerweile ist weitgehend unbestritten, daß arbeitszeitverkürzende Maßnahmen, wie sie in der jüngsten Vergangenheit vereinbart worden sind, positive Beschäftigungseffekte haben“ (vgl. DIW-Wochenbericht vom 11. 1. 1990, S. 26).

Erst unter dieser Voraussetzung würde sich durch eine vierte Variante – so das Vorwort der IAB-Verantwortlichen – tatsächlich „die Aussagekraft der Projektionen für wichtige Handlungsfelder, wie berufliche Beratung, Bildungs- und Personalpolitik weiter erhöhen“.